

Sicherheitspolitische Herausforderungen in der Mittelmeerregion

FACHTAGUNG IN ZUSAMMENARBEIT MIT DER KROATISCHEN ALUMNI-
VEREINIGUNG DES GEORGE C. MARSHALL CENTER
SPLIT, HOTEL RADISSON: 14. – 16. OKTOBER 2012

Nach der offiziellen Begrüßung der Referenten am Vorabend eröffneten die Vertreter der beiden Veranstalter, Smiljan Cubelic für das George C. Marschall Center und Dr. Michael A. Lange für die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Fachtagung zum Thema: „Sicherheitspolitische Herausforderungen in der Mittelmeerregion“ mit Hinweisen zum Programmverlauf und den in den verschiedenen Sitzungen zu behandelnden Themenschwerpunkten sowie zur sicherheitspolitischen Einordnung der Entwicklungen vor allem im südöstlichen Mittelmeer nach Ausbruch des „Arabischen Frühlings“.

Dr. Saša Mrduljaš vom Ivo Pilar Institut in Split beschrieb in seinem Vortrag über „Das Mittelmeer als historischer Raum“ die geschichtliche Entwicklung der Mittelmeerregion und die Teilung der Region in zwei Kulturkreise, einen arabisch-islamischen in den Südanrainerstaaten und einen christlichen in den Nordanrainerstaaten des Mittelmeeres. Daraus entwickle sich die Herausforderung beide Kulturkreise wieder einander näherzubringen; wobei dies im Wesentlichen durch eine westlich beeinflusste Modernisierung der nordafrikanischen Staaten erfolgte. Diese Modernisierung wurde von einigen Kritikern als „Verwestlichung“, von wenigen Demagogen als Versuch einer „Christianisierung“ verunglimpft. Die religiöse Aufladung der gesellschaftlichen Entwicklung im Zuge des „Arabischen Frühlings“

habe jüngst den Charakter einer Rebellion gegen diese „Verwestlichung“, also gegen sog. „westliche“ Werte angenommen und die gesamte Region politisch instabil werden lassen. Für den Referenten erschien es nicht absehbar, wann diese momentan so aufgewühlte Region wieder zu einer für beide Kulturkreise akzeptable innere und äußere Stabilität zurückfinden werde.

Der Vertreter der Muslimischen Gemeinschaft in Kroatien Prof. Mirza ef. Mešić, konzentrierte sich in seinem Vortrag über den „Arabischen Frühling“ und seinen Einfluss auf den Islam zuerst einmal auf die vielen Spielarten des Islam, die es eigentlich unmöglich machten, den Islam als eine Neuauflage der eher monolithischen „Kommunistischen Bedrohung“ wahrzunehmen. Die größte Herausforderung für ihn sei die Beantwortung der Frage, wie man sich in die moderne, globalisierte und überwiegend säkulare Welt integrieren könne, ohne seine religiöse bzw. kulturelle Identität zu verlieren. Die beanspruchte Universalität des Islam ist verbunden mit dem Bestreben jeder Glaubensgemeinschaft, ihre religiöse Botschaft zu verbreiten. So kann das Streben nach einer Islamisierung Europas genauso wenig verurteilt werden wie Versuche der Christianisierung Afrikas und Lateinamerikas. Die Muslime waren über Jahrhunderte bzw. sind auch heute noch bzw. schon wieder ein Teil Europas (Deutschlands). Deshalb gäbe es auch keine Notwendigkeit für eine Europäisierung des Islam. Für Prof. Mesic stelle sich deshalb viel eher die Frage,

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

Oktober 2012

www.kas.de/kroatien/

www.kas.de

welche Art von Muslimen Europa akzeptieren bzw. bevorzugen wolle. Die autochthonen Muslimen aus der Türkei, Albanien oder Bosnien, die emigrierenden Muslime (Gastarbeiter) aus Anatolien, Marokko oder Algerien, oder die konvertierten europäischen Muslime aus Deutschland, England oder Frankreich werden dann nach langen Jahren in ihren „Wohnsitzländern“ nationale bzw. europäische Identitäten annehmen.

Dr. Davor Božinović,, Mitglied der kroatischen Beobachtergruppe im Europäischen Parlament und Mitglied des Außenpolitischen Ausschusses des kroatischen Parlaments (Sabor), ging in seinem Vortrag über den „Arabischen Frühling“ und seine Auswirkungen auf die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen zuerst auf die spektakulären Veränderungen in der Arabischen Welt ein. Für ihn waren es die alle Menschen erreichenden neuen Medien, welche den Impetus gaben, sich der Diktatoren zu entledigen. Damit einher ging in einigen Ländern auch schon ein vollständiger politischer Systemwechsel wie etwa in Libyen. In den anderen, mit einer neuen politischen Ordnung ringenden Staaten, dominieren zweifellos die Islamischen Kräfte das aktuelle politische Geschehen. Die Klärung, ob sich eher radikale oder moderatere politische Kräfte durchsetzen, stehe in diesen Ländern noch aus; doch unabhängig davon müsse etwa Israel als ein Verlierer dieser Entwicklungen gelten. Es sieht sich heute von destabilisierten Staaten bzw. Regime umgeben und es erscheine überhaupt nicht absehbar, welche politischen Konstellationen in der nahen Zukunft das politische Lagebild in der volatilen Nahost Region bestimmen werden. Zweifellos werden die zukünftigen ökonomischen Rahmenbedingungen auf den Verlauf des demokratischen Aufbruchs in diesen Ländern entscheidenden Einfluss nehmen, weshalb der Referent dazu riet, die begonnene wirtschaftliche Zusammenarbeit aber auch die sicherheitspolitische Zusammenarbeit auf NATO Ebene noch zu verstärken, um wenn möglich gemeinsam gegen mögliche illegale Migration und Terrorgefahren vorgehen zu können.

Zrinka Vučinović vom Institut für internationale Beziehungen in Zagreb stellte ihrem

Vortrag über die „Amerikanische Außenpolitik und den Arabischen Frühling“, die Hypothese voran, dass man vor dem Hintergrund dieser Fragestellung jedes Land separat bzw. für sich alleine betrachten müsse. Dann erkenne man, dass die innenpolitischen Konstellationen sich sehr unterschiedlich darstellten. Drängten etwa die Salafisten momentan der tunesischen Bevölkerung die Sharia auf, so verhindere dies noch die starke Stellung des Militärs in Ägypten; erscheint die innere Sicherheit in Libyen noch sehr fragil, so zeigen sich die arabischen Monarchien bis heute noch eher unbeeindruckt von dem politischen Wandel in ihren Nachbarländern. Während der Jemen nach Stabilität strebt, verfällt das Regime in Syrien und reißt den Libanon mit in den Untergang. Die Referentin gab zum Schluss ihrer Hoffnung Ausdruck, dass all diese Entwicklungen zu besseren Beziehungen zwischen der Arabischen Welt und dem Westen führen mögen, wobei Europa alle Chancen habe, die durch die Kollaboration mit den Diktatoren desavouierte bisherige Dominanz der Vereinigten Staaten zu relativieren und zu einem gleichwertigen Partner einer demokratisierten Arabischen Welt zu werden.

Der Vize-Admiral (a.D.) und augenblickliche Dozent am Europäischen Zentrum für Sicherheitsstudien des George C. Marshall Zentrums in Garmisch Partenkirchen, Alberto Cervone, ging in seiner Power Point Präsentation über eine „EU Sicherheitspolitik für die Mittelmeerregion“ zuerst auf die lange Geschichte der Kooperationsbemühungen der Europäischen Union mit den südlichen Mittelmeeranrainern ein. Für ihn war es der als unzureichend empfundene Lebensstandard der Bevölkerung, welcher ursächlich für den „Aufstand der Massen“ gegen die Diktatoren in der Arabischen Welt sei. Deshalb werde auch die ökonomische Zukunft dieser Länder darüber (mit-) entscheiden, ob der „Demokratieschub“ in der Region ein dauerhafter sein wird. Momentan spreche wenig dafür, dass sich verloren gegangene Stabilität in dieser Region schnell zurückgewinnen ließe.

Kommodore (a.D.) Ivica Tolić von der Kroatischen Marine referierte ebenso wie seine

Marinekameraden Kfr. Mijo Čubić und Kapitän zur See Boris Katicin über die neuen „asymmetrische Bedrohungen“ und die daraus resultierenden Transformationserfordernisse in den Bereichen Verteidigung und Seesicherheit im Mittelmeer. Alle Referenten waren sich darüber einig, dass nachdem sich die Vereinigten Staaten zunehmend auf den Pazifik konzentrieren, es an Europa sei, sich verstärkt um die Seesicherheit im Mittelmeerraum zu bemühen. Dass die NATO Partnerschaften in dieser Region noch keine durchschlagenden Erfolge erzielt hätten, läge neben der Zurückhaltung der potentiellen nordafrikanischen Partnerländer auch an der Weigerung dieser Staaten, Israel eine gleichberechtigte (militärische) sichernde Rolle in der Mittelmeerregion zuzugestehen. Für Kroatien hieße dies, seine maritimen Kräfte -trotz Haushaltsproblemen- zu stärken, was sich als Zielsetzung auch im neuen Entwicklungsplan der kroatischen Marine wiederfände.

Vom Vertreter des Kroatischen Rates für Nationale Sicherheit in Zagreb, Herrn Siniša Gudlin, wurden in seinem Vortrag über „Gesetzliche und organisatorische Strukturen der kroatischen Sicherheits- und Nachrichtendienste und der internationale Nachrichtenaustausch“ diese Transformationserfordernisse auch für diesen Bereich bestätigt.

Dr. Misu Mudric von der Juristische Fakultät der Universität Zagreb konzentrierte sich in seinem Vortrag über „Private Sicherheit und Internationales Seerecht“ dagegen über einen Aspekt der Seesicherheit, der in den letzten Monaten vor allem vor Somalia entscheidend an Bedeutung gewonnen habe und auch auf das Mittelmeer übergreifen könnte. Die kommerziellen Risiken, die mit einer verstärkten Piraterie einhergingen, sind vielen in Europa erst in jüngster Vergangenheit deutlich geworden. Regierungen, Versicherungen und Reeder stritten um die Verantwortung für diese besondere „responsibility to protect“, wo das staatliche Gewaltmonopol mit privaten Sicherheitsinteressen kollidiere und es noch keine einvernehmliche Lösung der Probleme gebe.

Dr. Tonči Tadić rundete dann die Diskussionen über die Krise des Arabischen

Frühlings durch eine ökonomisch orientierte Analyse der daraus für Kroatien erwachsenen Chancen ab. Er sehe all jene Staaten als Verlierer, die sich im Prozess des Wandels in der Arabischen Welt weiter isolierten. Er sehe die politischen Umbrüche positiv und glaube an eine wirtschaftsfreundliche Gesinnung der neuen, demokratisch legitimierten Machthaber. Ähnlich wie sich manche dieser Länder an der Türkei orientieren werden, sollte sich auch Kroatien ein Beispiel an der wirtschaftlich florierenden Türkei nehmen und sich als (maritimes) Tor zur neuen, demokratischen Arabischen Welt positionieren. Chancen böten sich im (See-) Warenverkehr mit der Arabischen Welt, wozu es größerer kroatischer Hafenkapazitäten für die Seecontainerabfertigung bedürfe.

In diesem Zusammenhang nahm Kapitän zur See Davor Vidan als Oberinspektor im Ministerium für Seewesen, Verkehr und Infrastruktur am folgenden Tag „Sicherheitsysteme im kroatischen Hafensystem“ in den Blick und berichtete über die besonderen Herausforderungen der Bekämpfung illegaler Aktivitäten in bzw. in der Umgebung von Seehäfen.

Ebenfalls in einer späteren Sitzung zeichnete Ivan Čule von der Kroatischen Wirtschaftskammer (HGK) in Rijeka in seinem Vortrag zur „Krise des Arabischen Frühlings und dessen wirtschaftlichen Auswirkungen“ ein hoffnungsvolles Bild von der Zukunft Kroatiens als Wirtschafts- und vor allem Handelspartner der Arabischen Welt.

Am zweiten Seminartag ging es dann um Fragen der Migration als Folge der Instabilität und der ökonomischen Krise in der Arabischen Welt.

Vize Admiral (a.D.) Alberto Cervone stellte in seiner zweiten Power Point Präsentation zum Thema „Migrationen und Grenzsicherheit“ die Herausforderungen dar, denen sich angesichts der jüngsten Entwicklungen alle Nordanrainer des Mittelmeeres gegenüberstünden. Wirtschaftsflüchtlinge suchten ein lebenswertes Überleben; politische Flüchtlinge (Asylbewerber) dagegen eine freie Gesellschaft, in der sie sich politisch engagieren können. Zwischen beiden könne man

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

Oktober 2012

www.kas.de/kroatien/

www.kas.de

nicht immer sauber unterscheiden, weshalb viele in die Illegalität ausweichen und eine kontrollierte Migration erschweren würden. Europa brauche aus demographischen Gründen zwar Migration, nicht zuletzt um die Arbeitsmärkte zu entzerren und die Sozialsysteme finanzieren und damit die Alterssicherung aufrecht erhalten zu können.

Maria Luisa Benitez-Donoso, verwies als Gesandte der Botschaft Spaniens in ihren Ausführungen zum Thema „Flüchtlingskrise in Nordafrika“ auf die durchaus unterschiedlichen spanischen Erfahrungen mit legalen und illegalen Migranten. Legalen Beschäftigung im Rahmen von Ernteeinsätzen stehe illegale Einwanderung vor allem von Schwarzafrikanern, gegenüber die über Transitländer wie Marokko oder Mali nach Europa drängten, um dort illegale zum Teil sogar kriminelle Existenzen aufzubauen.

Ob man all dem mit verbesserten Grenzkontrollsystemen Herr werden könne, stellte Goran Petričević, Direktor der Polizeiverwaltung Split-Dalmatien und Vertreter des Innenministeriums in Split, im Rahmen seines Vortrags zum Thema „EUROSUR – Stand und Perspektiven“ durchaus in Frage. Es sei zwar das Bestreben der Grenzkontrollkräfte, illegale Einwanderung so weit wie möglich zu unterbinden, doch böten etwa gebirgige Grenzregionen, wie sie Kroatien kenne, immer wieder Gelegenheit zum illegalen Grenzübertritt.

Dass es „Auswirkungen verstärkter Migration auf das Grenzkontrollregime“ auch in Kroatien geben werde, bestätigte Dr. Filip Dragović von der UNDP in Zagreb in seinem gleichnamigen Vortrag und verwies auf die Tatsache, dass momentan etwa 32 Mio. Bürger und damit 6,5% in Europa Migranten seien und sicherlich viele mehr über einen Migrationshintergrund verfügten, wobei es oft zu definitorischen Problemen käme. Insgesamt bleibe das Thema relevant, wenn nicht sogar brisant und erst jüngst habe die Diskussion um visa-freie Einreisemöglichkeiten (von Rom aus Rumänien) aber auch von Serben und Mazedoniern in die Europäische Union für vermehrten Gesprächsstoff gesorgt.

Der Botschafter des Staates Israel, S.E. Yo-sef Amrani, stellte in seinem Vortrag: „Migration – neue Herausforderung für die Innere Sicherheit“ am Beispiel seines Landes dar, wie komplizierte Fragen von Migration und der Ein- und Ausreise sowie dem Bleiberecht sein können. Die speziellen Sicherheitsprobleme Israels und die daraus resultierenden Besonderheiten des israelischen Einreise, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrechts zeigten beispielhaft, mit welchen Probleme sich Staaten auseinanderzusetzen haben, die Multi-Ethnizität kennzeichnet und wo es zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen immer wieder zu Konflikten komme. Mit Verweis auf viele Verfassungsgerichtsurteile versuchte der israelische Botschafter deutlich zu machen, wie ernsthaft sich sein Land mit diesen Herausforderungen auseinandersetze und sich bemühe, auf rechtstaatlicher Grundlage mit der aktuellen Welle von illegalen Migranten vornehmlich aus dem Sudan und Somalia fertig zu werden.

Am Ende der Konferenz fassten die Vertreter der beiden Veranstalter die Ergebnisse der einzelnen Panelsitzungen summarisch zusammen und diskutierten mit den Teilnehmern mögliche zukünftige Herausforderungen und Bedrohungsszenarien. Eine rege Diskussion entstand über das Modell einer sog. „zirkulären Migration“, die vor allem von der Europäischen Kommission als Lösungsansatz jüngst in die Diskussion eingeführt worden ist. Ebenso unterschiedlich wurde die Frage beantwortet, ob das potentielle, demographische Arbeitsmarktdefizit in Europa tatsächlich durch Migration aus der Arabischen Welt ausgeglichen werden könne. Strittig blieb bis zuletzt auch die Frage, ob die vom „Arabischen Frühling“ erfassten Staaten wenigstens mittelfristig ihre innere Stabilität werden zurückgewinnen können, um wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen und damit den wohl wichtigsten Hoffnungen ihrer Bevölkerung gerecht werden zu können.